

Mindestlinien für Verhandlungen zu Kooperationen im Stadtrat

Junge Menschen in Dortmund blicken derzeit in eine ungewisse Zukunft. Hohe Preise, wirtschaftliche Unsicherheit, die Wohnungsnot und die Klimakrise prägen ihren Alltag und erzeugen das Gefühl, dass Perspektiven verloren gehen. Es braucht jetzt entschlossenes politisches Handeln. Dortmund muss eine Stadt sein, die jungen Menschen Perspektiven gibt und solidarisch mit allen Menschen handelt.

Die Grüne Jugend Dortmund und die Jusos Dortmund veröffentlichen daher dieses gemeinsame Forderungspapier, um sicherzustellen, dass ihre Generation in künftigen Mehrheitsbündnissen im Stadtrat nicht übergangen wird. Es markiert die Mindestlinien, die in Kooperationsgesprächen eingehalten werden müssen. Diese gelten unabhängig vom Ergebnis der Stichwahl zum Oberbürgermeister.

Verlässliche und gebührenfreie frühkindliche Bildung

Für echte Chancengleichheit muss frühkindliche Bildung qualitativ hochwertig und gebührenfrei sein. Kita- und OGS-Gebühren müssen daher vollständig abgeschafft werden und ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder in Kitas, Kindertagespflege und Schulen erklärtes Ziel sein. Deshalb müssen deutlich mehr Mittel für den Platzausbau zur Verfügung gestellt werden.

Bezahlbares Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Um langfristig Handlungsspielräume zu sichern, darf die Stadt ihren Boden nicht aus der Hand geben. Die Vergabe städtischer Grundstücke an private Wohnungsbauinvestoren muss grundsätzlich vermieden werden und andernfalls an strikte Bedingungen geknüpft sein. Die Vergabe soll in der Regel mittels Erbbaurecht und nur ausnahmsweise durch Verkauf

mit vertraglich eingeräumtem Vorkaufsrecht sowie mit Baugebot erfolgen. Die Erlöse aus Grundstücksverkäufen sollen einem kommunalen Bodenfonds zugutekommen. Neue, größere Baugebiete dürfen nur noch genehmigt werden, wenn die Stadt das Eigentum über wesentliche Anteile erlangen kann. Um der Wohnungsnot zu begegnen, sollen pro Jahr 2000 neue Wohneinheiten entstehen. Die Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau muss auf 40 Prozent steigen, ergänzt durch 10 Prozent im preisgedämpften Segment. Dabei muss gesonderter Wohnraum für Studierende und Auszubildende entstehen. Städtische Wohnimmobilien müssen in öffentlicher Hand bleiben.

Die KdU-Richtlinien müssen regelmäßig angepasst werden, damit Sozialleistungsbeziehende Zugang zu gutem und gefördertem Wohnraum haben. Auch Menschen mit negativem Schufa-Eintrag sollen bei DOGEWO und DSG eine faire Chance auf eine Wohnung erhalten.

Bezahlbares Leben für alle

Das Leben in Dortmund muss für alle bezahlbar sein. Das Sozialticket darf deshalb nie teurer sein als der in der Grundsicherung vorgesehene Regelsatz für Mobilität. Damit auch Familien mit geringen Einkommen an Dortmunds Kultur- und Freizeitangeboten teilhaben können, muss die „Dortmund-Karte“ dauerhaft gesichert und auf weitere Einrichtungen ausgeweitet werden. Gleichzeitig ist der Einstieg in ein kostenloses ÖPNV-Deutschlandticket für Schüler*innen unverzichtbar.

Klimaneutralität 2035

Klimaschutz darf nicht länger vertagt werden. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 muss konsequent beibehalten werden. Dazu braucht es im Besonderen einen massiven Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur und ein noch breiteres Angebot des ÖPNV.

Strukturen für eine offene Gesellschaft sichern

Eine offene und vielfältige Stadtgesellschaft darf nicht infrage gestellt werden. Die hauptamtliche Geschäftsstelle des SLADO muss dauerhaft finanziert werden, um queeren Menschen Schutzräume und sichere Orte zur Entfaltung zu garantieren.

Freiräume für Jugendliche ermöglichen

Die vorhandenen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Stadteilarbeit müssen aufrechterhalten, finanziell und personell besser ausgestaltet und gemeinsam mit den Trägern inhaltlich weiterentwickelt werden. Jugendzentren müssen ausgebaut und länger geöffnet sein und jugendfreundliche Außenflächen mit ausreichend Sitzmöglichkeiten geschaffen werden. Maßnahmen zur gezielten Vertreibung junger Menschen sind nicht akzeptabel.

Für mehr Investitionen – gegen eine (Kaputt-)Sparpolitik

Dortmund darf nicht kaputtgespart werden. Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur sollen ausschließlich für zusätzliche Investitionen verwendet werden und dürfen nicht durch Buchungstricks bereits geplante Projekte ersetzen. Konsolidierungsmaßnahmen dürfen nie auf Kosten kommender Generationen erfolgen. Stattdessen muss auch die Einnahmeseite in den Blick genommen werden.

Klare Kante gegen Faschismus zeigen

Faschismus hat in Dortmund keinen Platz. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien und Personen ist kategorisch ausgeschlossen. Weder dürfen Anträge gemeinsam mit der AfD gestellt, noch Mehrheiten von ihr abhängig gemacht werden.